

Wolfgang Benz

**Nie wieder? Über den Umgang mit dem schwierigen Erbe des  
Nationalsozialismus**

Gedenkveranstaltung zu den Novemberpogromen 1938 am 9.11.2015  
in Bayreuth

Im Abstand von 77 Jahren sind die Pogrome des November 1938 als Symbol des Auftakts, als „Katastrophe vor der Katastrophe“ des Genozids an den Juden Europas im öffentlichen Gedächtnis präsent. Die „Reichskristallnacht“ ist eine Metapher des Rückfalls in die Barbarei.

Der Nationalsozialismus ist charakterisiert durch die staatlich inszenierte Raserei eines Pöbels, zu dem die Bürger der Kulturnation Deutschland gesunken waren – egal, ob sie gegen jüdische Nachbarn wüteten oder tatenlos dem Vandalismus zusahen, auch wenn sie sich insgeheim empörten und das Treiben missbilligten. Im Bewusstsein der Schande prägten Nachgeborene Jahrzehnte später einen neuen Begriff für das Ereignis. Inzwischen bürgert sich der aus Emotion und Betroffenheit geborene unhistorische und die Opfer unbeabsichtigt verhöhnende Terminus „Reichspogromnacht“ ein. Er wird in den Medien, von Politikern, im Erinnerungsalltag ganz selbstverständlich gebraucht. Ein Minimum an Reflexion könnte freilich zu der Einsicht führen, dass gerade dadurch die Novemberpogrome verniedlicht werden. Manche fürchten offenbar, dass dies durch den zeitgenössischen Begriff „Reichskristallnacht“ geschehe, weshalb sie ihn durch „Reichspogromnacht“ ersetzen wollen.

Die moderne Wortschöpfung folgt allerdings in der Diktion nationalsozialistischer Sprache. Der Gestus der Nationalsozialisten kam in Bezeichnungen zum Ausdruck wie Reichsbräuteschule, Reichsmütterschule oder Reichsmütterdienst. Immobilien wie die Reichsautobahn und das Reichsehenmal wurden auf diese Weise sprachlich geadelt. Für Maßnahmen erfanden Parteibürokraten Bezeichnungen im Stil der Zeit wie Reichsberufswettkampf, Reichskleiderkarte oder Reichsfetthilfe. Die Funktionseliten des Dritten Reiches schritten feierlich mit dem ihre Bedeutung erhöhenden Präfix „Reichs“ einher: Reichsrechtsführer, Reichsgesundheitsführer, Reichsbauernführer, Reichsjugendführer, Reichsbischof, Reichsdramaturg und Reichsbühnenbildner, Reichsfrauenführerin und Reichshandwerksmeister. Göring führte die Titel Reichsforstmeister bzw. Reichsjägermeister, je nachdem, ob er sich mit Wald oder Wild beschäftigte. Heinrich Himmler war Reichsführer SS (und manche nannten ihn auch „Reichsheini“). Der Volksmund karikierte die Sprache des Nationalsozialismus, ernannte den Funktionär Robert Ley zum Reichstrunkenbold und die Schauspielerin Kristina Söderbaum zur Reichswasserleiche. Diese Beispiele sollten Grund genug sein, den Begriff „Reichspogromnacht“ als nachträgliche Referenz an die Sprache der Unmenschen zu vermeiden.

Die Barberei des 9. November 1938 wurde in aller Welt beachtet. In einem Kommentar der größten jiddischen Tageszeitung *Der Forwards*, die in den USA erschien, lesen wir: „Vor 500 Jahren hat ein Jude in Spanien versucht, einen Inquisitor zu töten, da er die Verfolgungen nicht mehr ertragen konnte. Daraufhin hat sich der Pöbel in Sevilla in

die Gassen aufgemacht, um alle Juden wegen des versuchten Mordes umzubringen. Die Inquisitoren jedoch haben ihre Arbeit unterbrochen, um den Mob von ihrem Angriff auf die Juden abzuhalten mit dem Argument: ‚Man darf nicht Rache nehmen an einer Menge Menschen für die Tat eines Einzelnen‘. Die Hitlerbande besitzt diese Moral nicht.“

Das zionistische jidische Blatt Der Tog, das ebenfalls in den USA erschien, schrieb am 11. November 1938: „So groß auch der jüdische Verlust nach der Zerstörung der 10 000 jüdischen Geschäfte ist, der Verlust und das Prestige von Nazi-Deutschland ist sehr viel größer, denn Deutschland hat sich immer gerühmt mit seiner Ordnung. Die deutsche Regierung hat mit Stolz darauf hingewiesen, daß sie immer in der Lage ist, Disziplin zu wahren. Die deutsche Disziplin und Ordnung ist zu einem Sprichwort in der ganzen Welt geworden. Sogar die hitlerische Regierung hat sich gerühmt, dass ‚keine Pogrome in Deutschland vorkommen können‘. Das alles ist jetzt nichts mehr als eine hohle Phrase geworden. Die deutsche Disziplin ist nur noch eine Legende, die deutsche Gesetzlichkeit liegt zertreten auf den Straßen in Berlin und Wien und die Welt weiß, daß der Mob heute in Nazi-Deutschland regiert, denn das Regime hat sich als eine große Pöbel-Herrschaft zu erkennen gegeben.“

Eine traurige Wahrheit, die im Gedächtnis an die Novemberpogrome verloren ging, weil man die Täter als rabiate Nazi-Funktionäre erinnern wollte, nicht als Bürger und Nachbarn, die sich dazu verführen ließen, als ideologie- und staatskonformer Pöbel zu agieren, war die Rolle von Kindern

beim Pogrom. Der *Forwards* berichtete am 12. November 1938: „Der Pogrom auf die Juden ist ein wirklicher Freudentag für die deutschen Kinder gewesen. Sie sind mitgelaufen mit den Großen und haben mitgeholfen beim Zerstören und beim Plündern. Die Kinder haben es sich wohlergehen lassen bei den jüdischen Süßigkeitsgeschäften. Sie sind in die Geschäfte hineingelaufen und haben paketweise die Schokolade und andere Süßigkeiten mitgenommen und den Kindern, die draußen standen, die Waren zugeworfen. Und wo man ging und stand, sah man Kinder, deren Gesichter vollgeschmiert waren mit Schokolade. Die Kinder haben sich auch die Spielzeuggeschäfte vorgenommen. In der Berliner Friedrichstraße schlugen die Kinder ein Schaufenster ein und holten mit langen Stecken, an denen eiserne Haken befestigt waren, das Spielzeug von den Podesten herunter. In anderen Geschäften sind Kinder durch die zerbrochenen Schaufenster gekrochen und warfen das Inventar auf die Straße. Sogar ein Klavier haben sie auf die Straße herausgeschleppt und dann darauf populäre Melodien gespielt. Das Publikum stand daneben und hat sich an der Musik erfreut.“

In dieser Nacht änderte sich alles: Die Pogrome, staatlich inszeniert und von der Öffentlichkeit hingenommen, beendeten das für die Juden immer mühsame Zusammenleben mit der Mehrheit der Deutschen. Aus dem Antisemitismus, der seit 1933 Staatsdoktrin war, der die gesellschaftliche Diskriminierung der Juden begründete, wurde Verfolgung, die in Vernichtung mündete. Die „Reichskristallnacht“ war das Fanal für alles Künftige, sie stand am Ende der Diskriminierung, mit ihr begann der Holocaust.

Nach einer langen Zeit der Amnesie, des Nichterinnertwerden - und Nichterinnernwollens entstand in den letzten beiden Jahrzehnten eine deutsche Erinnerungskultur, die nicht ihresgleichen in der Welt hat. Wir lassen uns bewundern für unseren Umgang mit belasteter Geschichte. Anders als der Völkermord an den Armeniern, der vor einhundert Jahren im Ersten Weltkrieg begann, der von den Tätern bis heute verleugnet und marginalisiert wird, hat der Holocaust mit dem heutigen Gedenktag, mit der Erinnerung an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar, mit Gedenkstätten, Denkmälern, Museen, mit Filmen und in der Literatur einen Platz im öffentlichen Bewusstsein.

In Berlin entstand seit der Wende eine Erinnerungslandschaft mit dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas (2005) und Mahnmälern für die verfolgten Homosexuellen (2008), die ermordeten Sinti und Roma (2012), für die Opfer der Euthanasie (2015). Das Jüdische Museum ist ein Besuchermagnet, die Topographie des Terrors, das Haus der Wannseekonferenz, das Centrum Judaicum sind vielbesuchte Veranstaltungsorte. Die Erinnerung an die ausgegrenzte, dann diskriminierte und verfolgte, schließlich ermordete Minderheit der Juden ist heute lebendiger als in den ersten Jahrzehnten nach dem Zivilisationsbruch, den Deutschland im Nationalsozialismus verübte. Vor 70 Jahren, als der NS-Staat zusammenbrach, wollte man nicht gerne zurückdenken. Die Alliierten, die Deutschland befreit und besetzt hatten, die das deutsche Volk auf dem Weg zur Demokratie anleiteten, übten eine Erziehungsdiktatur, zwangen die Bevölkerung zum Augenschein in den Konzentrationslagern, klagten die NS-Verbrecher an und

richteten sie. Das wurde weithin als anmaßende und unerwünschte „Umerziehung“ diffamiert und den pädagogischen Bemühungen der Alliierten folgten lange Jahre des Beschweigens und Verdrängens. Ich gehöre der Generation an, deren Eltern uns das Gespräch über die jüngste deutsche Geschichte verweigerten. Erst ein Hollywoodfilm, der TV-Vierteiler „Holocaust“ brach Ende der 1970er Jahre die Mauern der Abwehr, rührte Emotionen und machte „betroffen“.

Die Zuversicht, nach der Katastrophe des Völkermords an sechs Millionen Juden könne es keine Judenfeindschaft mehr geben, hat sich sehr schnell als schöne und edle Illusion erwiesen, Antisemitismus in allen seinen Versionen blieb lebendig, zwei neue Spielarten des Ressentiments entstanden sogar neu. In der DDR war die Feindschaft gegen den Staat Israel als Antizionismus Teil der Staatsdoktrin mit nachhaltigen Folgen. In der Bundesrepublik rankte sich ein sekundärer Antisemitismus an Wiedergutmachungs- und Entschädigungsleistungen empor. Die Juden würden sich an ihrem Unglück bereichern, seien unversöhnlich, geld- und rachgierig behaupteten die Antisemiten jetzt. Es ist eine Judenfeindschaft nicht trotz, sondern wegen Auschwitz, die ebenso virulent ist wie ein Antizionismus, der nichts mit legitimer Kritik an Israel und seine Regierung zu tun hat, der sich vielmehr der Israelschelte bedient, um generell judenfeindliche Emotionen zu artikulieren.

Judenfeindschaft gibt es also immer noch. Gottlob ist sie sanktioniert wie in keinem anderen Land und zeigt sich nur als Bodensatz der Gesellschaft. Manifest wird Antisemitismus in

Propagandadelikten, in nächtlichen Attacken gegen jüdische Friedhöfe. Es ist nicht möglich, in Deutschland ungestraft Juden öffentlich zu beleidigen oder gar Gewalt gegen sie zu üben. Darin ist sich die überwältigende Mehrheit der Deutschen einig. Trotzdem ertönt, seit Jahrzehnten, regelmäßig die Alarmglocke, wird vom dramatischen Anstieg des Antisemitismus geredet und geschrieben oder ein neuer Antisemitismus beschworen. Die Erkenntnis der Wissenschaft, die sich mit Judenfeindschaft beschäftigt ist eine andere: Der Anteil der Ressentiments gegen Juden auf der Einstellungsebene ist seit langer Zeit konstant, er liegt nach Meinungsumfragen bei 15% bis 20% und hat kein Aktionsbedürfnis. Die stillen Vorbehalte sind überdies im Abnehmen begriffen. Bösertige Judenfeindschaft, wie sie von Rechtsextremen propagiert wird, ist signifikant gering, liegt bei zwei oder drei Prozent und wird als kriminelles Delikt wie Holocaustleugnung oder Volksverhetzung geahndet.

Die politische Kultur der Bundesrepublik steht im Zeichen des Philosemitismus. Darin sind sich kulturelle und gesellschaftliche Eliten einig mit der Politik und den Medien. Haben wir die Lektionen der Geschichte gelernt? Sind wir geläutert durch Erinnerung, demokratisch und tolerant, ein Vorbild für andere? Es schien so, als hätten wir die böse Vergangenheit überwunden, als die Flüchtlinge, die andere europäische Länder kategorisch ablehnten, in Deutschland willkommen hießen. Das ist ein paar Wochen her. Droht die Euphorie des Helfens durch kleinmütige Verzagttheit ob ihrer Zahl, durch Unfähigkeit von Bürokraten, durch Streit der Politiker zu versanden? Die Kanzlerin hat inzwischen einen

Beliebtheitsverlust von 26 Prozentpunkten hinnehmen müssen, ihr Widersacher, der bayerische Ministerpräsident, büßte nur 6 Prozent ein. In dem Moment, in dem durch die Willkommensgeste gegenüber Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen das Odium der NS-Zeit sich aufzulösen schien, erhob sich Fremdenhass mit größter Roheit.

Im Frühjahr 2013 war als Reflex auf die Euro-Krise eine neue bürgerliche Partei rechts des etablierten Spektrums entstanden. Mit beträchtlichem Erfolg bündelte sie Protestpotenzial gegen den Euro und gegen Brüssel, sie gewann Anhänger mit dem populistisch intonierten Sehnen nach der Wiederkehr des Nationalstaats. Im Herbst 2013 verfehlte die "Alternative für Deutschland" ganz knapp den Einzug in den Bundestag. Mit dem Plädoyer gegen Zuwanderung und zur Bewahrung "abendländischer Kultur", Feindseligkeit gegen Muslime und Parolen gegen eine als bürgerfeindliche Schimäre denunzierte "political correctness" zog die AfD ins Europaparlament und dann in die Landtage von Thüringen und Brandenburg.

Mit dem Beifall der Wähler radikalisierte sich die Partei bis zum Rauswurf ihres professoralen Hoffnungsträgers Bernd Lucke im Sommer 2015. Auch seine neue "Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa)" wird sich radikalisieren, denn ohne undifferenzierte Verurteilung von Missständen, ohne Brandmarkung von Gegnern, ohne rabiate Feindstilisierungen bleiben die Leute nicht bei der Stange. Das ist ein Bewegungsgesetz des rechten Populismus.



Seit einem Jahr demonstrieren Wutbürger montäglich gegen die Idee Toleranz, offenbaren ein krudes Weltbild aus Fremdenhass und Zorn gegen die Obrigkeit und gegen den politischen Konsens der Mehrheit, sie zeigen sich als frustrierte Underdogs, die sich von Partizipation ausgeschlossen fühlen, weil sie das System der repräsentativen Demokratie nicht verstehen wollen und die Möglichkeiten politischer Teilhabe, die geboten sind, verschmähen und verachten.

Das auftrumpfende Unbehagen, das die "Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes" unter der geklauten Parole "Wir sind das Volk" demonstrieren, hat außer dem Missmut über komplexe und schwer verständliche politische Strukturen kein Programm. Verschwörungsphantasien lenken die Wut gegen Politiker und Bürokraten, beschwören Argwohn gegen die Medien. Die Probleme Europas und die Realität der Globalisierung erzeugten den Wunsch nach nationalstaatlicher Geborgenheit, das bedeutet aber auch Ausgrenzung und Abwehr von Fremden. Als gemeinsamer Nenner gefühlter Ängste und plagender Sorgen dient das Feindbild Islam. Gedungene Scharfmacher hantieren mit den Versatzstücken rechter Ideologie, predigen Fremdenhass, Islamfeindschaft und Nationalismus, sie bedienen damit Existenzängste und Frustrationen ihrer ratlosen Klientel.

Die Politik hätte früher und entschiedener reagieren müssen. Viel zu lange wurde beschönigt, kleingeredet, weggeschaut. Man war vor allem um Streicheleinheiten und Mitleid für die wutentbrannten Bürger bemüht. Die Haltung, man müsse die Leute dort abholen, wo sie stünden, führte dazu, dass die Abholer

bei den Protestierenden stehen blieben, trösteten, Verständnis zeigten und blind sein wollten gegenüber dem rechten Potenzial, das freudig von Demagogen und Extremisten ausgenutzt wurde. Politiker hätten, als sie auf die besorgten Bürger zuzugingen, gleichzeitig entschieden sagen müssen: Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Denunziation und Hetze gegen Minderheiten sind in unserer demokratischen Gesellschaft nicht erlaubt. Das wäre eine Lehre aus der Geschichte gewesen.

Die Radikalisierung war vorgezeichnet, wurde aber spät erkannt. Wenn "Ausländer raus" gegrölt wird, wenn Wohnheime brennen, wenn bei einer Pegida-Veranstaltung ein Galgen für die "Volksverräterin" Merkel herumgetragen wird (die Polizei scheint ihn nicht bemerkt zu haben), dann artikulieren Politiker und Medien im Schulterschluss Abscheu vor Rechtsextremen, verurteilen gar die Demonstrierenden als "Pack". Aber sie wollen nicht wahrhaben, dass die Intoleranz in der Mitte der Gesellschaft beginnt.

Der Flüchtlingsstrom bot der Bewegung dann endlich Ziel und Programm mit konkretem Fremdenhass. Stimuliert von der radikal erneuerten und zur rechten Protestpartei mutierten AfD und instrumentalisiert durch die NPD finden sich die Pegidaleute wieder auf den Straßen Dresdens, brüllen Hasspredigern Beifall und bestätigen sich gegenseitig in ihrer Abneigung gegen politische Moral und bürgerlichen Anstand. Sie verwahren sich mit gebotener Entrüstung gegen den Vorwurf des Rechtsextremismus, betreiben aber in dumpfer Wut dessen Geschäft. Das sieht eher aus nach einem zweiten Rückfall in

die Barberei - das Muster haben wir am 9. November deutlich vor Augen - als nach gelernter Geschichtslektion.

Die Pegidagefolgschaft legt Wert auf bürgerlichen Habitus und will sich nicht als rechtsextrem beschimpfen lassen. Begreifen müsste sie aber: Die Lehren aus der Katastrophe des Nationalsozialismus müssen für den Umgang mit allen Minderheiten gelten. "Fremde" dürfen nicht als Störenfriede spießbürgerlichen Behagens und dumpfpatriotischen Selbstgenügens stigmatisiert werden. Der Pogrom von Rostock-Lichtenhagen im Stress der Wende 1992 war ein Menetekel. Der Hass gegen Fremde und die Angst vor Asylbewerbern und die Wut gegen Muslime lassen zweifeln, wie tragfähig die häufig deklamierte Metapher "Nie wieder" im Alltag ist.

Rechtspopulisten, die sich in Sekten zusammenfinden und wieder auseinanderlaufen, die sich spalten und neue Bünde gründen, sind nicht "das Volk". Sie sind randständig, bieten aber dem Rechtsextremismus das Einfallstor und kultivieren die Schmähung des Gegners anstelle von Diskurs, genügen sich in stummer Verweigerung statt Argumente auszutauschen und pflegen Gemeinsamkeit durch Hasstiraden. Die Abwesenheit jeder konstruktiven Idee ist ersetzt durch stumpfes Bramabarsieren und Wutgeheul. Für Pegida-Mitläufer wie für Anhänger der "Alternative für Deutschland" und ähnliche Gruppierungen im bürgerlichen Gewand, die sich nicht als Rechtsradikale verstehen und die nicht Neonazis genannt werden wollen, gilt aber: Auch mit Äußerungsdelikten, vulgo Hassparolen, Volksverhetzung, Beleidigung, Rassismus wird man kriminell.

Darüber hinaus tragen sie zur Verwahrlosung der politischen Kultur bei.

Europa befindet sich in einer Krise, die auch die deutsche Gesellschaft erfasst. Die Angst vor der Völkerwanderung aus Bürgerkriegsflüchtlingen und Migranten aus schierer existentieller Not, die Gefahr, die angeblich von Zuwanderern überhaupt und vom Islam besonders ausgeht, ist Bestandteil des alltäglichen Lebens. Die Reizvokabeln der Ideologen finden den Nährboden in existenziellen Ängsten. Die Adressaten sind resistent gegen rationale Argumente, denn Bedrohungsszenarien und Verschwörungsfantasien sind wirkungsvoller als Vernunft und Logik. Die Rezepte der Ausgrenzung, mit denen im 19. Jahrhundert Demagogen ähnlichen Herausforderungen zu begegnen versuchten, haben in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts geführt. Sie wieder zu verwenden gegen andere Minderheiten anstelle der Juden wäre fatal. Es geht nicht nur um die Menschen- und Bürgerrechte von Minderheiten, sondern um die demokratische Gesellschaft, die aus der Erfahrung nationalsozialistischer Diktatur gegründet wurde.

Die Phantasie derer, die sich der Untaten des NS-Regimes schämten, die sich nach dem Pogrom Juden gegenüber solidarisch zeigten, dürfte im November 1938 kaum weiter gereicht haben als zur Vorstellung, die Machthaber wollten die Juden gewaltsam ins Ghetto zurücktreiben oder schlimmstenfalls endgültig aus Deutschland jagen. Bis Auschwitz reichte keine Vorstellungskraft. Wie hätte sie das auch können, überstieg doch das Bevorstehende, die mit dem Pogrom erst eingeleitete letzte Ausgrenzung, noch lange die Phantasie sogar der meisten

unmittelbar vom nationalsozialistischen Rassenwahn Betroffenen.

Die Verfolgung der Juden begann mit ihrer Ausgrenzung, ihrer Stigmatisierung als Fremde, als Andere. Lange bevor Gewalt gegen sie geübt wurde. Es begann mit der Diskriminierung aus religiösen Gründen. Dem religiös argumentierenden Antijudaismus des Mittelalters und der Neuzeit bis ins 19. Jahrhundert folgte der rassistische Antisemitismus, der seinen Höhepunkt im Holocaust, im Völkermord an sechs Millionen Juden, hatte. Das war ein Menschheitsverbrechen. Wir gedenken in Trauer und Scham dessen, was der jüdischen Minderheit angetan wurde. Aber sind wir auch bereit zu lernen, dass andere Minderheiten auf die gleiche Weise, mit den gleichen Methoden diskriminiert werden können, mit allen Folgen? Den Sinti und Roma, die wie die Juden Opfer genozidaler Vernichtung wurden, hat man lange Zeit kein Mitleid, kein Verständnis entgegengebracht, keine Wiedergutmachung gewährt. Es sei ihnen Recht geschehen, lautete die manchmal ausgesprochene, meist stillschweigende Meinung der Mehrheit. Die „Zigeuner“ seien Opfer von Kriminalprävention gewesen, sie seien also selber schuld an ihrem Unglück, hieß es noch vor wenigen Jahrzehnten. Und die unbeliebteste Minderheit in ganz Europa sind Sinti und Roma immer noch.

Derzeit werden andere als einst die Juden zu Feinden gemacht: Muslime gelten vielen als gefährlich, unerwünscht, nicht integrierbar, kriminell. Daran sei ihre Religion schuld, wird von denen behauptet, die den Antisemiten nachfolgten. Festzuhalten bleibt, dass von den heutigen „Islamkritikern“ dieselben Vorwürfe gegen Muslime erhoben werden, wie sie einst

die Antisemiten den Juden machten. Das sollte uns zu denken geben. Den Juden hielt man vor, sie wollten die Herrschaft über alle haben, das gebiete ihre Religion, sie müssten Nichtjuden betrügen, auch das sei religiöses Gebot. Aus solchen Konstrukten entwickelte sich der jahrhundertelange Hass. Heute wird Muslimen ähnliches unterstellt. Man hasst sie, weil sie Muslime sind, wie man Juden hasste, weil sie Juden waren. Wenn wir nicht die zentrale Erkenntnis beherzigen, dass die Diskriminierung von Minderheiten nicht auf deren Eigenschaften oder Verhalten beruht, sondern auf dem Beschluss der Mehrheit, die Feinde braucht und dass die Methoden der Diskriminierung von einer Minderheit auf eine beliebige andere übertragen werden können – dann hat das Erinnern und Gedenken an Ereignisse wie die Novemberpogrome, an das Menschheitsverbrechen des Holocaust, das mit der Diskriminierung begann und als Völkermord endete, nur begrenzten Wert.